

Mönche bekommen Unterstützung

Landespolitiker und Logistikverbände wollen beim **Lastwagen-Problem in Nütschau** helfen

TRAVENBRÜCK :: Die Mönche des Benediktiner-Klosters Nütschau in Travenbrück und die Anwohnerinitiative Schloßstraße können sich beim Kampf gegen den Lastwagenverkehr über eine Welle der Unterstützung freuen. Die Landtagsabgeordneten Rainer Wiegard (CDU) und Tobias von Pein (SPD), Vertreter des Verbands für Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung Schleswig-Holstein (VGL) und des Verbands für Straßengüterverkehr und Logistik Hamburg (VSH) sowie Beate Bäumer, der Leiterin des katholischen Büros in Schleswig-Holstein, haben mit ihnen in Nütschau über Lösungswege und das weitere Vorgehen gesprochen – und den Mönchen und Anwohnern dabei neue Hoffnung gegeben.

Seit mehr als zehn Jahren kämpfen sie bereits darum, die Lastwagen aus der Schloßstraße zu verbannen. Lkw nutzen die Strecke verbotenerweise als Abkürzung zu Orten im Kreis Segeberg. Die Initiative hofft, mit zwei neuen Verbotsschildern am Ende der Abfahrt Bad Oldesloe Nord der Autobahn 21 das Problem in den Griff zu bekommen, doch die Verkehrsaufsicht des Kreises ist gegen das Aufstellen weiterer Verkehrszeichen. Rainer Wiegard zeigte dafür wenig Verständnis: „Ich verstehe

nicht, warum eine Initiative, die nichts Böses will, so gegen Behörden ankämpfen muss“, sagt er.

Seiner Auffassung nach stehen für die Initiative nun drei weitere Stationen an. Er riet den Anwohnern, zunächst Landrat Klaus Plöger anzusprechen, dann Frank Nägele, den Staatssekretär im Verkehrsministerium, und sich danach an den Petitionsausschuss des Landtags zu wenden. „Ich kann mir vorstellen, dass der letzte Weg erfolgreich sein könnte“, sagt Wiegard. „Aber zunächst sollten die anderen beiden eine Chance erhalten zu helfen.“

Die Mönche und die Anwohnerinitiative wollen diesen Vorschlag umsetzen. Rainer Wiegard und auch Tobias von Pein versprachen zudem, den Verkehrsminister bei Gelegenheit schon einmal für das Thema zu sensibilisie-

ren. „Das Thema ist im Verkehrsministerium dank der Medienberichte bereits angekommen“, sagt Beate Bäumer. „Dort wird darüber gesprochen.“

Auch die Speditionsverbände wollen den Mönchen helfen. „Die VGL und die VSH wären bereit, die Kosten für die beiden Schilder zu übernehmen, die an der Autobahnabfahrt aufgestellt werden sollen“, sagt VSH-Sprecherin Maren Hering. Denn Lastwagen, die durch die Schloßstraße bis zur Travebrücke fahren und dann die 1,5 Kilometer lange Strecke wieder rückwärts zurücklegen oder ein schwieriges Wendemanöver versuchen, brauchen dafür meist rund 90 Minuten Zeit. VGL-Geschäftsführer Thomas Rackow sagt: „Umgerechnet bedeutet das: Jeder Lastwagen, der in die Schloßstraße fährt, kostet die Spedition etwa 120 Euro.“ (jd)



Vertreter der Anwohnerinitiative, der Logistikverbände und des Erzbistums Hamburg trafen sich mit Pater Matthäus Buß (3. v. r.) im Kloster Nütschau

Foto: Janina Dietrich

Spediteure spendieren Straßenschild

Die Bürgerinitiative gegen Lkw-Verkehr im Nütschau erfährt von vielen Seiten Unterstützung. Parteien wollen sich für Beschilderung stark machen.

Von Dorothea von Dahlen



Wollen für das Lkw-Verbotsschild kämpfen: Hans-Jürgen Wulff, Beate Bäumer, Dr. Thomas Rackow, Maren Hering, Egbert Timm, Marianne Dräger, Tobias von Pein, Pater Matthäus, Gottfried Wehnert und Antonius van den Nieuwendijk (v.l.).

Foto: von Dahlen

20. 10. 12

LN

20. Oktober 2012

Spediteure spendieren Schild

Nütschau - Die Speditionsverbände von Schleswig-Holstein und Hamburg wollen dazu beitragen, dass sich künftig keine Lastwagen mehr nach Nütschau (Kreis Stormarn) verirren. Sie haben angekündigt, ein Schild zu finanzieren, das Lkw-Fahrern schon an der Abfahrt der A21 signalisiert, dass der Ort mit seiner Sackstraße für sie gesperrt ist. Die Genehmigung für das Schild wollen die leidgeprüften Anwohner zur Not beim Verkehrsministerium einholen. Die Kreis-Verkehrsbehörde lehnt die Beschilderung als zu teuer ab. **Seite 10**

Mönche rebellieren

TRAVENBRÜCK Die 17 Benediktiner-Mönche des Klosters Nütschau (Kreis Stormarn) und Bürger haben sich gegen ein tonnenschweres Problem zu einer Protestgemeinschaft zusammenschlossen. Direkt vor den Toren des Klosters befindet sich die Schlossstraße. Seit Jahren fordern die hier lebenden Menschen ein Verbotsschild für den Schwerverkehr über 3,5 Tonnen. Bisher vergeblich. Regelmäßig bleiben dicke Brummis vor der hölzernen Travebrücke mit einer zulässigen Höchstbelastung von zwölf Tonnen hängen. Jetzt ist die Initiative „Schutz der Travebrücke“ aktiv geworden und hat erstmals an der Straße und der nahe liegenden Autobahn 21 demonstriert, berichtet die Evangelische Zeitung. Die Initiative will jetzt mit Spediteuren und mit dem Kieler Verkehrsministerium sprechen. Initiativen-Sprecher Eggert Timm sieht auch eine Gefährdung der jährlich rund 14.000 Besucher des Klosters, das für viele Menschen das Ziel im Naherholungsgebiet von Bad Oldesloe ist. *epd*

Nütschau - Die Speditionsverbände von Schleswig-Holstein und Hamburg wollen ein Schild spendieren, das Lastwagen aus dem beschaunlichen Nütschau fernhält. Das gab gestern Dr. Thomas Rackow, Geschäftsführer des Verbandes Güterverkehr Logistik und Entsorgung Schleswig-Holstein zum Abschluss einer Beratung im Schloss bekannt. Zu der „Krisensitzung“ hatten die Mönche aus dem Kloster sowie die Mitglieder der Anwohnerinitiative eingeladen.

Ihrem Bericht zufolge hat es die Verkehrsbehörde abgelehnt. Lkw-Fahrer bereits an der Autobahnfahrt Nord um das Dorf herumzuleiten. Nach Auffassung der Bürgerinitiative müsste nämlich schon an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich am Ortsende von Nütschau eine auf zwölf Tonnen begrenzte Brücke befindet und es auch keine Wendemöglichkeit für Laster gibt. Wie Sprecher Antonius van den Nieuwendijk informierte, durchlahren pro Tag zwei bis drei Lkw den Ort, davon mindestens ein 40-Tonner. Viele von ihnen hielten sich zudem nicht an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit.

Als der Verhandlschef hörte, dass die Verkehrsbehörde die passende Beschilderung aus Kostengründen abgelehnt hat, erklärte er sich im Namen der Mitglieder bereit zu spenden. „Sie fordern doch nur, dass die ohnehin geltende Straßenverkehrsordnung eingehalten wird“, fasste Rackow zusammen, was ihm die Beschwerdeführer erlautert hatten. Dass sich Laster, mutmaßlich durch ihre Navigati-

onsgeräte fehlgeleitet, in den Ort verirren, sei durchaus nicht im Sinne der Spediteure, stellte er klar. Gut eineinhalb Stunden gingen verloren, wenn Lkw mühselig an der Brücke wenden und dann auf anderem Wege zum Ziel fahren müssten. Das koste jedes Mal 120 Euro, abgesehen davon, dass die Fahrer ein Bußgeld von 40 Euro riskierten. Sein Verband sei deshalb sehr daran interessiert, die Mitglieder über das Durchfahrtsverbot zu informieren. Doch könne er nur die 600 organisierten Betriebe erreichen, die anderen deutschen und ausländischen Unternehmen bleiben außen vor.

Zur Chefsache hat auch Beate Bäumler, Leiterin des Generalkonvikts des Erzbistums Hamburg, das Verkehrsproblem in Nütschau erklärt. „Für uns ist das Kloster von ganz besonderer Bedeutung, ein Juwel, das wir schützen wollen“, sagte sie im LN-Gespräch. Nichts sei schlimmer als wenn eines Tages ein Seminarteilnehmer von einem Lkw angefahren werde. Nicht zuletzt wollen sich die großen Parteien nun des seit mehr als zehn Jahren schwellenden Konflikts annehmen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Wiegand sicherte den Betroffenen Unterstützung zu. Er empfahl, das Problem zunächst Landrat Klaus Plöger darzulegen. Wenn sich daraufhin keine Lösung abzeichne, gebe es die Möglichkeit, den Verkehrsminister oder seinen Staatssekretär einzuschalten. Sollte auch das erfolglos bleiben, müsse die Initiative eine Petition im Landtag einreichen. „Es ist fast wie ein Schulbürgerstreich“, sagte Wiegand gegenüber

den LN. Er verstehe nicht, weshalb sich die Verwaltung so sperre. Die Anwohner wollten doch nichts anderes, als ohnehin schon bestehenden Recht durchsetzen. Auch der SPD-Landtagsabgeord-

nete Tobias von Pein will sich der Angelegenheit annehmen. Er sicherte der Bürgerinitiative zu, den Minister bei nächster Gelegenheit auf das Laster-Problem in Nütschau aufmerksam zu machen.

Abstimmungen auf Bundesebene gefordert

Die fehlgeleiteten Lastwagen dürfen nach Auffassung von Antonius van den Nieuwendijk, dem Sprecher der Bürgerinitiative, nicht allein als lokales Problem der Nütschauer betrachtet werden. Seit es Navigationsgeräte gebe, ließen sich Fahrer viel stärker von deren Streckenanweisungen leiten. Die Beschilderung an den Straßen werde nicht mehr so zur Kenntnis genommen wie früher. Besonders prekär werde die Angelegenheit, wenn die Anwohner des Geräts gar im Widerspruch stehen zur offiziellen Verkehrsleitplanung wie im Falle Nütschaus. Dieses Grundproblems müsse sich die Politik annehmen und nach geeigneten Lösungen suchen. Wenn es Sache der lokalen Behörden bleibe zu entscheiden und diese darauf beharren, dass die Schilder ja die richtige Information vermitteln, sei niemandem geflüht, sagt van den Nieuwendijk. Er fordert deshalb, dass es auf Bundesebene Abstimmungen mit den Software-Herstellern und den Verkehrsministerien geben müsse.

Transportverband sorgt für Verbotsschilder

Tagung zur besseren Verkehrslenkung um Nütschau

Nütschau (ka). Sie passten gerade so an den großen Tisch im Refektorium im Kloster Nütschau: die Landtagsabgeordneten Rainer Wiegard (CDU) und Tobias von Pein (SPD), P. Mathäus Buß, Eggert Timm und andere Anwohner der Schlossstraße in Nütschau, Vertreter des Bistums, die sich um Ruhe und Frieden am Benediktinerkloster sorgen, und die Sprecher zweier großer Güterverkehrsverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein. Es ging um den Lkw-Verkehr durch Nütschau und über die Holzbrücke und um bessere Ausschilderung.



In kleinen Schritten kommt die Anwohnerinitiative, die den Schwerverkehr aus der Gemeinde zwischen zwei Autobahnen, heraushalten will, voran und kleine Nachbesserungen haben sie sich auch nur vorgenommen. Der MARKT berichtete über neue Schilder: deutlicher in ihrer Aussage und an besseren Stellen platziert, nämlich schon an den Autobahnabfahrten.

Während der Tagung am Freitag hatten die Nütschauer wieder ihren Verkehrsmüley an die Schlossstraße gestellt. Der zieht in der 30er-Zone noch allzu oft die Mundwinkel herunter: Der ehemalige Wirtschaftsweg entlang des Klosters ist zur Durchgangsstraße geworden. In den 80ern konnte eine Anwohnerinitiative um Mari-

Nicht zu groß, aber zu schnell in der Schlossstraße in Nütschau unterwegs. Da gibt es Schilder und Warneinrichtungen, das größte Problem stellt sich aber immer wieder in der Kontrolle und wirkungsvollen Sanktionierung von Fehlverhalten. Da hofft die Nütschauer Anwohnerinitiative auf mehr politische und behördliche Unterstützung.

Foto: K. Hürmer

anne Dräger den Ausbau zur mehrspurigen Schnellstraße gerade noch verhindern. Fernlaster nutzen sie trotzdem.

Rainer Wiegard riet den Nütschauern zu einem Drei-Stufen-Plan: im November ein Gespräch mit dem Landrat Klaus Plöger, im Dezember eine Einladung an den Verkehrsminister von Schleswig-Holstein, im Januar dann den Antrag an den Petitionsausschuss. Da wolle er beim Formulieren helfen. Mit am Tisch saßen Maren Hering, nicht zum ersten Mal zu Gast in

Nütschau, und Dr. Thomas Rackow, beide Vertreter großer norddeutscher Güterverkehrsverbände. Im Interesse der Fuhrunternehmer, die sie vertreten, sind auch sie an einer Lösung des Problems interessiert: Tagtäglich bleiben Laster in Nütschau stecken, müssen mühsam wenden, weil sie die Holzbrücke nicht passieren können. Zeit ist Geld, das sei ein wirksames Argument für die Verbandsmitglieder, weiß Maren Hering. In wöchentlichen Rundschreiben kommen die Themen des Verbands für Straßengüterverkehr und Logistik Hamburg direkt bei den Fahrern der Mitgliedsunternehmen an. Eine bessere Unterstützung kann es für die Nütschauer Initiative gar nicht geben. Am Ende des Austauschs am Freitag machten die beiden Interessenvertreter der Transportbetriebe außerdem das Angebot, sich an den Kosten der neuen Beschilderung zu beteiligen. „Ich hatte herausgehört, dass der Gemeindehaushalt keine neuen Schilder zulässt“, so Hering. Wenn es nicht das Geld sei, erhöhe das zumindest den Druck auf die Lokalpolitik, denn dort sehe sie die erste Hürde für neue Versuche, den Verkehr effektiver für alle Beteiligten zu lenken.

Foto: K. Hürmer



Landtagsabgeordneter Rainer Wiegard bietet den Nütschauern Hilfe auf dem Weg durch die politischen Instanzen an.

Alle an einem großen Klostertisch

Die Nütschauer Anwohnerinitiative hat viele Freunde und Unterstützer: im Landtag, im Bistum und bei den Güterverkehrsverbänden. Es geht um drei Schilder an der Schlossstraße und an der Autobahn A 21 und darum, Lkw-Fahrer über geeignete Strecken zu informieren. **»» Seite 3**

MARKT

Wochenzeitung für Bad Oldesloe, Reinfeld und Umgebung
TEL. 0 45 32 / 20 80-0 • FAX 0 45 32 / 20 80-99 • Pferdemarkt 2 • 23843 BAD OLDESLOE

43. Woche • 44. Jahrgang • Mittwoch, 24. Oktober 2012

Mit amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Oldesloe und des Amtes Nordstornum (teilweise)